



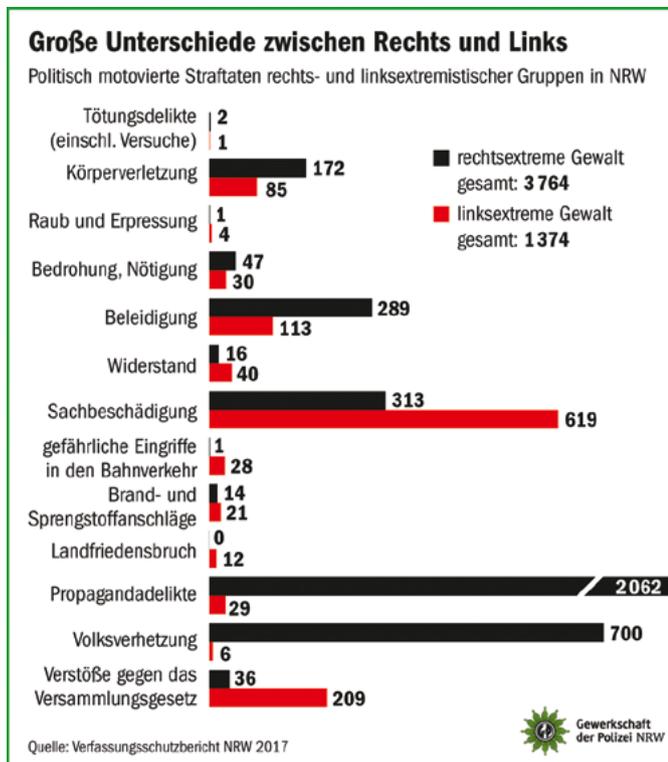
Gefährdungspotenzial bleibt weiter hoch

6599 politisch motivierte Straftaten hat es im vergangenen Jahr in NRW gegeben – ein Rückgang von 11,4 Prozent im Vergleich zu 2016. Das geht aus dem Verfassungsschutzbericht für 2017 hervor, den Innenminister Herbert Reul (CDU) Ende Juni veröffentlicht hat. Für die GdP ist das dennoch kein Grund zur Entwarnung. Zum einen ist mit dem Erstarken gewaltbereiter islamistischer Gruppen eine neue Gefahr entstanden, die in die Statistik der Verfassungsschützer nur zum Teil Eingang gefunden hat. Denn Gefahr droht von ihnen vor allem wegen eines möglichen Terroranschlags und nicht von der Summe zahlreicher, deutlich weniger gravierender Rechtsverstöße. Zum anderen geht auch von rechts- und linksextremistischen Gruppierungen, auf die der Großteil der von der Polizei und vom Verfassungsschutz erfassten politisch motivierten Straftaten entfällt, nach wie vor ein erhebliches Gefahrenpotenzial aus.

ter Islamisten, die in Deutschland geboren und aufgewachsen sind. Das belegen auch die Zahlen: Nur 5 bis 10 Prozent der dem Verfassungsschutz bekannten salafistischen Extremisten sind Flüchtlinge. Zwei Drittel sind dagegen hier aufgewachsen und besitzen die deutsche Staatsbürgerschaft. Hinzu kommt die Gefährdung durch die Heimkehrer aus den Kriegsgebieten des IS in Syrien und im Irak. Nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes sind bis 2017 rund 970 Personen von Deutschland aus in den Dschihad gereist, 255 davon aus NRW. Mehr als 300 sind bislang wieder nach Deutschland zurückgekommen, 75 davon alleine nach Nordrhein-Westfalen. Auch unter dieser Gruppe haben die meisten einen deutschen Pass. Um sie zu überwachen, hat die Landesregierung allein in diesem Jahr weitere 60 Stellen für den Staatsschutz zur Verfügung gestellt. Aus Sicht der GdP ist das eine richtige Maßnahme, auch wenn sie zulasten der Präsenz in den übrigen Polizeibehörden geht.

Gerade einmal 126 „religiös ideologisch motivierte“ Straftaten listet der Verfassungsschutzbericht 2017 für NRW auf. Unter dieser Kategorie wurden in der Vergangenheit vor allem islamistische Terrorgruppen erfasst. Wer tiefer in den Verfassungsschutzbericht schaut, findet allerdings andere, wesentlich bedrohlichere Zahlen: Auf 3000 Mitglieder schätzt der Verfassungsschutz die Gruppe extremistischer Salafisten in NRW. 800 davon gelten als gewaltbereit. Sorge bereiteten dem Verfassungsschutz vor allem die Gruppe gewaltberei-

Sorge bereitet den Verfassungsschützern auch die aktuelle Entwicklung bei den links- und rechtsextremistischen Gruppen. Bei den Rechtsextremisten gilt das vor allem für die neue Gruppierung der Identitären Bewegung. Reul charakterisierte die Neue Rechte bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichts als „Hitler-Jungen in Hipster-Klamotten“. Auch bei der Linken haben sich die Gewichte verschoben. Neben der Antifa sind im aktuellen Verfassungsschutzbericht die Braunkohlegegner im Hambacher Forst stärker in den Fokus gerückt. Vor allem wegen des von ihnen ausgehenden, erheblichen Gewaltpotenzials. Wenn im Herbst, nach dem Ende des Rodungsverbots, der Energiekonzern RWE die Bäume auf der künftigen Braunkohleabbaufläche abholzen will, könnte es zu massiven Auseinandersetzungen kommen. Die Polizei steht dann womöglich vor ähnlichen politischen Auseinandersetzungen wie früher zu Hochzeiten der Anti-AKW-Bewegung.



Im vergangenen Jahr ist sowohl die Zahl der von rechtsextremistischen als auch die von linksextremistischen Gruppen in NRW begangenen Straftaten gesunken, auf 3764 (rechts) bzw. 1374 (links) Fälle. Dass von den Rechtsextremisten fast dreimal so viele Straftaten begangen werden, liegt vor allem an der Vielzahl der ihnen zur Last geworfenen Fälle von Propagandadelikten und von Volksverhetzung. Außerdem werden von ihnen deutlich mehr Körperverletzungen begangen. Linke Gruppierungen begehen hingegen mehr Verstöße gegen das Versammlungsgesetz und mehr Sachbeschädigungen.



Mehr Fantasie, um die Durststrecke bis 2020 zu überbrücken!



Der Aufschrei war groß. Kaum waren die ersten Zahlen für die neue BKV auf dem Markt, meldeten sich die ersten Behörden, die erneut mit deutlich weniger Polizisten auskommen müssen. Zu Recht! Trotzdem: Zur Ehrlichkeit gehört auch, dass die Politik ihre Hausaufgaben inzwischen gemacht hat. 2300 Kommissarinnen und -anwärter stellt das Land in diesem Jahr ein. Ab 2019 sind es sogar 2400. Hinzu kommen 500 Tarifbeschäftigte pro Jahr. Das ist eine Entwicklung, für die die GdP lange gekämpft hat, die aber kaum jemand für möglich gehalten hätte. Bis 2020 werden wir trotzdem erneut ein Tal der Tränen durchschreiten, denn bis dahin wird es personell noch einmal bergab gehen! Das gibt inzwischen auch die Politik zu.

Deshalb ist jetzt mehr Fantasie gefordert, damit wir die vor uns liegende Durststrecke überwinden können. An drei Stellschrauben muss die Politik dazu drehen: Erstens versteht kein Mensch, warum die Polizistinnen und Polizisten in NRW trotz der massiven Personalnot noch immer gezwungen sind, ausgerechnet jetzt ihre zum Teil schon vor Jahren entstandenen Überstunden abzubauen, weil sie sonst verfallen. Diese Fehlentscheidung aus rot-grüner Zeit muss endlich korrigiert

werden. Innenminister Reul hat das zwar angekündigt, aber er muss jetzt auch liefern! Denn unsere Kolleginnen und Kollegen brauchen jetzt Rechtssicherheit, nicht erst am Jahresende.

Zweitens führen auch die versprochenen 500 Tarifbeschäftigten pro Jahr zu einer deutlichen Entlastung der Polizei. Genau deshalb hatte sich die GdP immer wieder für mehr Tarifbeschäftigte eingesetzt. Aber dafür müssen sie auch eingestellt werden. Dass selbst von den auf das vergangene Jahr vorgezogenen 100 Stellen im Tarifbereich noch immer nicht alle besetzt sind, ist mehr als ein Warnsignal. Das liegt nicht nur am Versagen einzelner Behörden, sondern auch am System. Qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber kann auch die Polizei nur dann gewinnen, wenn die Bezahlung stimmt. Und daran hapert es oft.

Drittens muss die Polizei auch in Zukunft mit Überstunden leben. Wir müssen flexibel auf spontane Einsatzspitzen und auf neue Herausforderungen reagieren. Unsere Kolleginnen und Kollegen können das. Aber wir dürfen sie auch nicht verheizen! Deshalb stellt sich die Frage: Warum bekommen die Polizisten und die Tarifbeschäftigten bei der Polizei nicht endlich eine Möglichkeit, ihre notwendigen Überstunden auf ein Langzeitkonto einzuzahlen? Um sich später, wenn die Zeiten hoffentlich wieder etwas ruhiger sind, eine Auszeit zu gönnen? In anderen Branchen ist das längst üblich. Die Zeit dafür ist reif! Auch bei der Polizei.

Michael Mertens
Landesvorsitzender

Neuer Entwurf bis September

Am 13. September sollen im Düsseldorfer Innenausschuss die Beratungen über das neue Polizeigesetz für NRW fortgesetzt werden. Bis dahin will die Landesregierung entscheiden, wie sie die Kritik aufgreifen will, die Anfang Juni vor allem von Datenschützern am ersten Gesetzentwurf geäußert worden war.

Die GdP hatte bei der Anhörung den ersten Gesetzentwurf zwar grundsätzlich begrüßt, zugleich aber Korrekturen bei einzelnen Regelungen vorgeschlagen, die nach ihrer Einschätzung zu weit gehen. So fordert die GdP, dass der neue Begriff der drohenden Gefahr nur bei schwerwiegenden Straftaten angewandt werden soll. Auch die Dauer der zulässigen Ingewahrsamnahme soll stärker begrenzt werden.

Parallel zu den parlamentarischen Beratungen sind am 7. Juli in Düsseldorf

rund 10 000 Demonstranten gegen das neue Polizeigesetz auf die Straße gegangen. Aufgerufen zu der Demonstration hatten u. a. die Grünen, das globalisierungskritische Netzwerk Attac, die Gegner des Braunkohleabbaus, der Bund für Umwelt und Naturschutz, zahlreiche linke Splittergruppen und die Autonomen. Auch die Fans des BVB, des 1. FC Köln, von Schalke und von Fortuna Düsseldorf waren vertreten. Viele Redner auf der

Demonstration betonten, dass sie nicht die Polizisten kritisieren würden, sondern das neue Polizeigesetz. Von einem Teil der Demonstranten wurde die Polizei aber auch grundsätzlich infrage gestellt.



GdP fordert Verfallschutz für Überstunden

Zum 1. September 2019 wird die Zahl der Neueinstellungen bei der Polizei erneut an den wachsenden Bedarf angepasst, von 2300 auf dann 2400 Kommissaranwärterinnen und -anwärter. Das hat Innenminister Herbert Reul (CDU) Anfang Juli in einem Interview mit dem Kölner Stadtanzeiger angekündigt. Damit greift Reul eine Forderung der GdP teilweise auf, die Stellen, die durch Studienabbrecher frei werden, beim nächsten Einstellungstermin nachzubesetzen. Trotz dieser positiven Entwicklung müssen beim Nachersatztermin zum 1. September allerdings erneut 32 der 47 Kreispolizeibehörden in NRW mit weniger Polizisten auskommen.

Verantwortlich für die erneute Verschärfung des Personalengpasses bei der Polizei ist nicht nur die erneut gestiegene Zahl der Pensionierungen, sondern auch eine Entscheidung des Innenministeriums, wegen der Bedrohung durch islamistische Terrorgruppen und für die Bekämpfung neuer Kriminalitätsformen wie der Cyber- und der Clan-Kriminalität 2018 erneut intern Stellen umzuschichten. Damit sich trotzdem in den Wachen und den Kommissariaten der Personalmangel nicht weiter verschärft, setzt das Innenministerium auf den Einsatz von zusätzlichen Tarifbeschäftigten, die die Polizeivollzugsbeamten entlasten sollen.

Beide Maßnahmen sind aus Sicht der GdP richtig, sowohl die interne Stellenumschichtung als auch die verstärkte Einstellung von Tarifbeschäftigten.

Beides ist von der GdP sogar ausdrücklich gefordert worden. Trotzdem erreicht der Personalmangel in den Wachen und den Kommissariaten erneut einen kritischen Stand. Unmittelbar nach Bekanntwerden der BKV für 2018 hat die GdP deshalb noch einmal an ihre langjährige Forderung erinnert, den noch von der früheren, rot-grünen Landesregierung gefällten Erlass, dass die Polizisten alle ab 2015 entstandenen Überstunden innerhalb von drei Jahren abbauen müssen, endlich aufzuheben. „Niemand macht Überstunden gerne, auch die Polizisten nicht. Aber meine Kolleginnen und Kollegen sind bereit, durch zusätzliche Überstunden die Lü-

cken in den Wachen und den Kommissariaten zu schließen, bis die von der Politik versprochene Verstärkung endlich vor Ort ankommt“, sagte der stellvertretende GdP-Landesvorsitzende Heiko Müller gegenüber den Medien. „Voraussetzung dafür ist aber, dass die Polizisten sichergehen können, dass die von ihnen geleistete Mehrarbeit bezahlt oder später in Freizeit ausgeglichen wird.“ Das ist auch deshalb dringend erforderlich, weil die Entlastung durch die zusätzlichen Tarifbeschäftigten bei der Polizei nicht so schnell greift, wie das von der Politik angenommen wird. Nach Erkenntnissen der GdP sind von den 100 zusätzlichen Tarifbeschäftigten, die den Behörden bereits im vergangenen Jahr vorab zugewiesen worden sind, bislang noch immer nicht alle Stellen besetzt. Zum Teil auch deshalb nicht, weil die Vergütung zu gering ist, um bei qualifizierten Beschäftigten anderen Arbeitgebern gegenüber konkurrenzfähig zu sein.

Pilotprojekt zum DEIG startet Ende Oktober

Ab Ende Oktober will das Innenministerium in einem Pilotprojekt die Einsatzmöglichkeiten des Distanz-Elektroimpulsgerätes (DEIG) erproben. Das hat Innenminister Herbert Reul (CDU) Anfang Juli auf eine entsprechende Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen erklärt. Anders als bei anderen Pilotprojekten soll die Erprobung allerdings nicht in mehreren Kreispolizeibehörden stattfinden, sondern im LAFP. „Die Erprobung dient der Feststellung und Prüfung möglicher Einsatzsituationen im Wachdienst sowie der Erstellung eines taktischen Fortbildungskonzeptes“, heißt es dazu in der Antwort der Landesregierung auf die Anfrage der Grünen. Gegenüber dem Fernsehsender RTL West erinnerte Reul zudem daran, dass die Landesregierung das DEIG in das Polizeigesetz von NRW aufnehmen will.

Für die Erprobung ist ein Zeitraum von drei Monaten vorgesehen. Dabei soll das „Modell X2“ der Firma Axon zum Einsatz kommen. Es ist laut Innenministerium zurzeit das einzige am Markt verfügbare Gerät, das die Abgabe von zwei Schüssen ermöglicht. Das sei aber noch keine Festlegung auf ein bestimmtes Modell bei einer möglichen Einführung des DEIG.

Moderate Veränderung der BKV

Weil die weitere Verschärfung des Personalmangels bei der Polizei bereits seit Längerem absehbar war, hatte die schwarz-gelbe Landesregierung im September vergangenen Jahres eine Arbeitsgruppe eingesetzt, um die bestehende BKV zu überprüfen. Hintergrund des Arbeitsauftrags war auch der von der CDU zu Oppositionszeiten immer wieder in die Diskussion eingebrachte Vorwurf, der ländliche Raum werde zugunsten der Großstädte benachteiligt.

In ihrem Anfang des Jahres vorgelegten Bericht war die Arbeitsgruppe zu dem Ergebnis gekommen, dass die bestehende Kräfteverteilung auf der Basis der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) und der Verkehrsunfallbekämpfung (VUD) eine hohe Korrelation mit den Merkmalen aufweist, die als Risikofaktoren für ein (verkehrs)delinquentes Verhalten gelten. Die bisherigen Kriterien zur Ermittlung des Kräftebedarfs sollten beibehalten werden. Lediglich in drei Punkten hatte die Arbeitsgruppe eine Veränderung vorgeschlagen: Delikte im Bereich der Straßenkriminalität und des Wohnungseinbruchs sollen in Zukunft mit dem Faktor 1,5 gewichtet werden, um Kapazitäten für deren Verfolgung zur Verfügung zu stellen. Das gilt auch für Verkehrsunfälle mit Personenschäden der Kategorie 1 bis 3. Die Beförderungerschleichung fällt hingegen aus der BKV raus, weil der Polizei mit dem Delikt auch der Täter bereits gemeldet wird. Diesen Empfehlungen ist das Innenministerium in der aktuellen BKV gefolgt.



GdP fordert Spuckhauben

Als im Frühjahr interne Überlegungen des LAFP für eine neue Einsatzstrategie bekannt geworden sind, war der

Aufschrei in Teilen der Öffentlichkeit groß. Die Polizei würde ihre bisherige Deeskalationsstrategie aufgeben und in Zukunft häufiger Zwangsmittel einsetzen, lautete der Vorwurf. Dabei hatten die Autoren des Strategiepapiers lediglich die Frage aufgeworfen, wie die Polizei darauf reagieren soll, dass sich nicht alle Konflikte niedersprechen lassen und dass die Beamten immer häufiger selber angegriffen werden.

Wie groß dieses Problem tatsächlich ist, zeigt die Sondererhebung des LZPD zur Gewalt gegen Polizeibeamte für 2017. Danach sind im vergangenen Jahr 18 638 Polizistinnen und Polizisten im Dienst gewaltsam attackiert worden. Das sind 1991 mehr als im Jahr zuvor. Auch die Zahl der Fälle stieg im vergangenen Jahr deutlich – auf 9150. Erfasst sind in der Statistik des LZPD nur Formen von passiver und unmittelbarer körperlicher Gewalt gegenüber der Polizei. Würde man auch die Fälle von Beleidigungen hinzuzählen, lägen die Fallzahlen noch einmal deutlich höher.

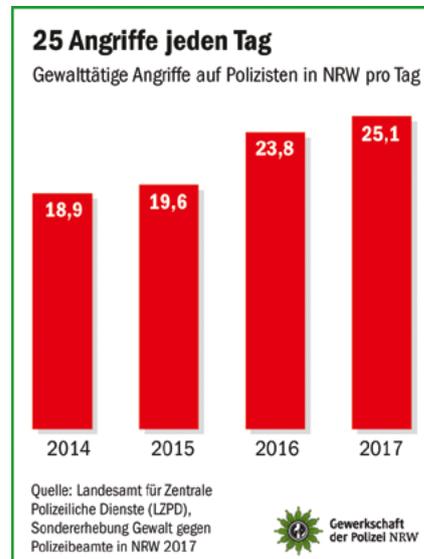
Die GdP fordert deshalb, dass die seit dem vergangenen Jahr bestehende Gesetzesänderung, nach der Angriffe auf Polizisten oder Rettungssanitäter als strafverschärfend zu werten sind, von den Gerichten konsequent angewandt wird. Dadurch könnte ein abschreckendes Signal gegenüber den potenziellen Tätern gesetzt werden.

Zudem fordert die GdP, dass auch in NRW endlich Spuckhauben angeschafft werden. Sie können zur Gewalt neigenden oder unmittelbar Gewalt androhenden Personen nach ihrer Verhaftung übergezogen werden, da-

mit sie die Polizisten nicht anspucken können. Nach der Sondererhebung des LZPD ist das alleine im vergangenen Jahr in NRW mehr als 900-mal passiert. Zudem fordert die GdP, dass vor allem die jüngeren Kolleginnen und Kollegen darin geschult werden, wie sie Angriffe durch das polizeiliche Gegenüber verhindern können. Von den 18 638 im vergangenen Jahr angegriffenen Polizistinnen und Polizisten waren 10 228 zwischen 21 und 30 Jahre alt. In der darüberliegenden Altersgruppe der 31- bis 40-Jährigen gab es hingegen nur 4257 Opfer.



2017 gab es in NRW fast 6000 Fälle, in denen Polizisten im Dienst geschlagen, getreten und gestoßen worden sind. Auch die Zahl der Spuckattacken hat deutlich zugenommen, auf 900 Fälle.



Im vergangenen Jahr gab es in NRW 9150 gewalttätige Angriffe auf Polizistinnen und Polizisten. Das sind 25 Angriffe jeden Tag. Würde man auch die verbalen Attacken wie Beleidigungen dazu zählen, läge die Zahl noch viel höher.

Anerkennung von Bereitschaftszeiten als Arbeitszeit – Land NRW geht in Berufung

Die GdP hatte in dem von ihr vor dem Verwaltungsgericht Gelsenkirchen geführten Musterverfahren (Az.: 1 K 2081.14) zur vollen Anerkennung der Bereitschaftszeiten in geschlossenen Einsätzen als Arbeitszeit einen ersten Erfolg erzielt. Das VG hat zugunsten der Beamten entschieden, dass auch die vor dem Inkrafttreten der neuen Arbeitszeitverordnung der Polizei (AZVoPol NRW) geleisteten Bereitschaftszeiten 1:1 als Arbeitszeit anzuerkennen sind. Gegen die Entscheidung hat das Land

NRW nun Berufung beim Oberverwaltungsgericht in Münster eingelegt.

Nach Ansicht der GdP können die Münsteraner Richter jedoch zu keinem anderen Ergebnis kommen als das erstinstanzliche Urteil aus Gelsenkirchen. Der Grund: Die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs ist in diesem Punkt eindeutig und erkennt die in geschlossenen Einsätzen geleistete Bereitschaftsdienstzeit in vollem Umfang als Arbeitszeit an.



Experten fordern passgenaue Konzepte für die Erreichbarkeit der städtischen Bereitschaftsdienste

Für die Sicherheit in den Städten und Gemeinden ist die Polizei zuständig. Bei Ruhestörungen und der Unterstützung von hilflosen Personen sind dagegen die Kommunen gefordert. Trotzdem sind die städtischen Behörden in den Abend- und Nachtstunden und an den Wochenenden, wenn es besonders viele Notfälle gibt, oft nicht erreichbar, vor allem in den Landratsbehörden. Auf dem GdP-Forum für den Wach- und Wechseldienst Anfang Juli in Düsseldorf haben sich deshalb Experten von Polizei und Kommunen für passgenaue Konzepte ausgesprochen, wie die Erreichbarkeit der Bereitschaftsdienste der Städte und Gemeinden auch in den Nachtstunden sichergestellt werden kann.

Gleich zu Beginn des Forums hatte GdP-Landesvorsitzender Michael Mertens darauf hingewiesen, dass es in Großstädten wie Köln, Düsseldorf oder Duisburg nicht nur mehr Fälle gibt, in denen die Kommunen gefordert sind, sondern dass die Großstädte auch über ganz andere Ressourcen verfügen, um über Notdienste eine Rund-um-die-Uhr-Erreichbarkeit der wichtigsten Dienststellen sicherzustellen. Kommt es dagegen in kleineren Kommunen zu Ruhestörungen, müssen bereits ab den frühen Abendstunden Polizistinnen und Polizisten die Aufgaben der Ordnungsämter mit übernehmen, weil dort niemand mehr erreichbar ist. Auch bei sozialen Notfällen wie der Versorgung einer hilflosen Person kann es mehrere Stunden dauern, bis von den zuständigen Sozial- und Jugendämtern jemand vor Ort ist. Bis dahin werden die auf dem flachen Land ohnehin dünn gesäten Kräfte der Polizei gebunden.

Um das zu ändern, fordert die GdP passgenaue Lösungen für die einzelnen Kommunen und Kreise und bekam dafür von den Teilnehmern des Forums viel Unterstützung. Auch von den Vertretern der Kommunen. „Gerade im kreisangehörigen Raum, dem seit Jahren dringend benötigte Polizeikräfte vorenthalten werden, dürfen die Kapazitäten der Polizei nicht dadurch gebunden werden, dass die Behörden nicht erreichbar sind“, erklärte nach Ende des GdP-Forums der Hauptgeschäftsführer des Landkreistags NRW, Martin Klein, gegenüber der Neuen Ruhr Zeitung (NRZ). Klein, der selber an dem GdP-Forum nicht teilgenommen hatte, erinnerte allerdings auch daran, dass die Kommunen nicht über-

fordert werden dürfen. Gefragt seien „pragmatische Lösungen außerhalb der Dienstzeiten“ sagte er zur NRZ. Ein Aspekt, der auch auf dem GdP-Forum ausführlich diskutiert worden war.

„Dort, wo Probleme bei der Erreichbarkeit der Kommunen bestehen, müssen sie angegangen werden“, sagte dazu GdP-Vorstandsmitglied Meike to Baben. Sie ist seit dem Landesdelegiertentag im April im Vorstand für den Wach- und Wechseldienst zuständig. Zugleich warnte to Baben aber vor unrealistischen Erwartungen: „Ein Dreischichten-Modell wie bei der Polizei ist bei den kommunalen Ordnungsbehörden schwer erreichbar“, sagte sie.

Handlungsbedarf gibt es auch in den Großstädten. Wie eine besser aufeinander abgestimmte Ordnungspartnerschaft aussehen kann, erläuterten auf dem GdP-Forum der Leiter des Duisburger Ordnungsamtes, Reinhold Mettlen, und der Leiter der Polizeiinspektion Duisburg-Süd, Ingo Dudenhausen. Ihre These lautet: „Eine Netzwerkbildung über gemeinsame Zuständigkeitsgrenzen hinweg hilft, die Probleme in den unterschiedlichen Aufgaben nicht hin- und herschieben, sondern gemeinsam zu lösen.“ In Bezug auf Duisburg bedeutet das zum Beispiel, dass sich der Kriminalitätsschwerpunkt in den sogenannten Problemhäusern mit polizeilichen Mitteln alleine nicht lösen lässt, sondern nur durch ein gemeinsames, eng aufeinander abgestimmtes Auftreten von Polizei und den städtischen Sozial-, Ordnungs-, Wohnungs- und Ausländerämtern. Auch Düsseldorfs Polizeipräsident Norbert Wesseler setzt auf eine enge Kooperation von Polizei und Stadtverwaltung.

Sein Fazit lautet: „Eine gelungene Ordnungspartnerschaft ist mehr als die bloße Summe von Einzelleistungen.“ Durch persönliche Kontakte über die Behördengrenzen hinweg könne ein Vertrauensverhältnis entwickelt werden, das zu einer Stärkung des Sicherheitsgefühls führt.

Mehr Infos: www.gdp-nrw.de



OVG bestätigt Mindestgröße von 163 cm

Nach einer Grundsatzentscheidung des Oberverwaltungsgerichts in Münster ist die Festlegung einer einheitlichen Mindestgröße von 163 cm für die Einstellung in den Polizeivollzugsdienst in NRW rechtmäßig. In ihrer Urteilsbegründung stellen die obersten Verwaltungsrichter von NRW fest, dass dem Dienstherrn bei der Festlegung der Einstellungsvoraussetzungen ein großer Gestaltungsspielraum zustehe. Zudem weisen sie darauf hin, dass nach einer umfassenden Untersuchung einer Arbeitsgruppe des Landes erst ab einer Größe von 163 cm gesichert von einer Polizeidiensttauglichkeit auszugehen sei.

Geklagt hatten drei Bewerberinnen, die 161,5 cm, 162 cm und 162,2 cm groß sind. In den Vorinstanzen

hatten alle drei Klägerinnen noch Recht bekommen und waren unter Vorbehalt zum Bachelorstudium zugelassen worden. Allerdings galten

damals noch unterschiedliche Mindestgrößen für Männer und Frauen. Das hat das Land inzwischen geändert.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle:

Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf
Telefon (02 11) 2 91 01-0
Internet: www.gdp-nrw.de
E-Mail: info@gdp-nrw.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion:

Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)
Uschi Barrenberg (Mitarbeiterin)
Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 32
Telefax: (02 11) 2 91 01 46
E-Mail: stephan.hegger@gdp-nrw.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 40
vom 1. Januar 2018

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42–50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

**Redaktionsschluss für die September-
Ausgabe ist der 7. August 2018**

GdP-Service GmbH NRW:

Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 44.45
Telefax: (02 11) 2 91 01 15
Internet: www.gdp-reiseservice.de
E-Mail: penguin@gdp-reiseservice.de

Die GdP gratuliert

90. Geburtstag

- 4.8. Horst Schattenberg, Simmerath
- 5.8. Stephan Hübertz, Köln
- 7.8. Alfred Gerigk, Mettmann
- 12.8. Josef Keldenich, Aachen
- 15.8. Ferdinand Schüler,
Gelsenkirchen
- 23.8. Anita Dreissen, Aachen
- 24.8. Hans Werner Kamp, Münster
- 29.8. Georg Kauer, Xanten

91. Geburtstag

- 1.8. Hilde Quarz, Eitorf
- 8.8. Wilfried Wiechert, Meckenheim
- 11.8. Katharina Gorski,
Bergisch Gladbach
- 19.8. Hermann Stöckmann, Essen
- 21.8. Käthe Bollmann, Erkelenz

92. Geburtstag

- 3.8. Helga Beckers,
Mönchengladbach

- 30.8. Kurt Schreiber, Bochum

93. Geburtstag

- 13.8. Alois Krause, Inden

94. Geburtstag

- 2.8. Ingeborg Büttgenbach,
Düsseldorf
- 10.8. Lieselotte Keim, Gladbeck
- 15.8. Maria Zlender, Oberhausen
- 18.8. Fritz Budde, Lage

95. Geburtstag

- 2.8. Margarete Sperl, Ahlen
- 19.8. Helmut Beyer, Halle

96. Geburtstag

- 6.8. Hans Quack, Wegberg
- 25.8. Magdalena Droll, Paderborn

97. Geburtstag

- 31.8. Anna-Maria Michl, Brühl

**Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP wünscht
allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.**





Landesseniorenreise 2019

26. März - 9. April

Hotel Alto Lido** / Madeira**

Eingeschlossene Leistungen:

- Flug ab verschiedenen deutschen Flughäfen
 - Zug zum Flug Ticket in der 2.Klasse
- Transfer vom Flughafen zum Hotel und zurück
- 14 Übernachtungen im Doppelzimmer mit All Inclusive
 - Begleitung durch den GdP-Reiseservice

**Frühbucherpreis pro Person
im Doppelzimmer ab/bis Düsseldorf
ab € 1.548,-**

Bitte fordern Sie unsere ausführliche Ausschreibung an oder besuchen Sie uns auf unserer Internetseite www.gdp-reiseservice.de.

GdP-Service GmbH
Gudastraße 9 40625 Düsseldorf
0211/29101 -44/-45/-63/-64
www.gdp-reiseservice.de



Filmrückblick:

Als die langen Haare auch bei der Polizei in Mode gekommen sind



1967/68 hat Rolf Zimmermann an der Landespolizeischule Carl Severing in Münster seine Ausbildung als Polizeibeamter absolviert. Ein Jahr später wechselte er zur BPA II in Bochum. Das war die Zeit, in der der militärische Drill bei der Polizei nicht mehr so streng war und in der auch bei den angehenden Polizisten – Frauen gab es damals bei der Polizei noch nicht – die langen

Haare langsam in Mode gekommen sind. Vieles, was Rolf Zimmermann damals erlebt hat, hat er mit einer Schmalspurkamera festgehalten. Entstanden ist daraus ein kurzer, unterhaltsamer Film, der nicht nur die Stimmung unter den damaligen Nachwuchspolizisten wiedergibt, sondern an vielen Stellen auch zum Schmunzeln einlädt.

Rolf Zimmermann stellt seinen Film seinen damaligen Lehrgangskollegen zur privaten Nutzung zur Verfügung.

Kontakt: Tel. 02151.305953, E-Mail zimmermann.rolf1@gmx.de

Glücksnummern des Monats

45 11806
Julien Rosenbaum, Bonn
45 11867
Sigrid Bode, Aachen
45 11861
Jürgen Gehrbrandt, LZPD
45 11800
Jürgen Nimz, Köln

Die Gewinner im August erhalten ein GdP Pausen-Brettchen.

Kreisgruppe Unna

29. August, 15:00 Uhr, Sommergrillen Senioren, Pertheshaus, Perthesstr. 8, 59174 Kamen, Anmeldung bis 22.08.2018, unter: bernhard.christmann@t-online.de oder Michael Schumacher, Tel.: 02596.637897

Senioren aktuell

Kreisgruppe Coesfeld

29. August, 14:30 Uhr, Seniorengrielnachmittag, DRK-Heim, August-Schlüter-Str. 32, 48249 Dülmen, Anmeldung bei Johannes Zimmermann, Tel. 0 25 41/7 29 63

Kreisgruppe Heinsberg

5. September, Jahresausflug Senioren nach Düsseldorf, Auskunft und Anmeldung Klaus Labahn, Tel.: 0 24 31/58 80, kalabahn@web.de, Heinz-Willi

Jansen, Tel.: 0 24 31/34 33, hw_jansen@gmx.de, Andreas Gruner, Tel.: 0 24 52/9 20-12 00 (AB)

Kreisgruppe Mettmann

18. September, Seniorenfahrt Hachenburger Westerwald, Abfahrt ca. 8:30 Uhr, Adalbert-Bach-Platz 1, 40822 Mettmann, Anmeldung über Rainer Mertsch, Tel.: 01 72/2 47 08 63, Gottfried Buff, Tel.: 01 77/4 95 88 53 oder gdp.mettmann@gmail.com

GdP aktiv

15. 9., Chill-Out 2.0 der Kreisgruppe Mettmann, ab 14:00 Uhr, Beachvolleyball, Indoor-Soccer, Biergarten, Cocktail-Night und Tombola für die Polizeistiftung NRW. Für GdP-Mitglieder ist die 1. Verzehrkarte frei! Eintritt und Sportmöglichkeiten ebenfalls frei. Am Sportzentrum 1, Velbert

20. 9., GdP-4-Stunden-Kartrennen, 17:00–22:00 Uhr, Coolrunners, Mühlenstr. 5, Gevelsberg. Infos: stefanie.bauer@gdp-nrw.de

NACHRUFE

Helga Güster	15.08.1948	Bergisches Land	Manfred Kempa	22.03.1952	Essen.Mülheim
Michael Vajes	29.01.1958	Bergisches Land	Manfred Fenselau	05.08.1935	Gelsenkirchen
Irene Bosbach	17.07.1928	Bochum	Barbara Hermanns	01.10.1949	Heinsberg
Erika Förster	02.07.1935	Bochum	Wolfgang von der Ruhren	28.05.1965	Heinsberg
Margot Salomon	06.07.1940	Bochum	Lutz Wolf	21.06.1954	LZPD NRW
Karl-Heinz Goretzky	08.06.1934	Bonn	Robert Emde	23.09.1991	Mettmann
Thomas Israel	24.01.1962	Bonn	Elisabeth Brendgen	08.03.1924	Mönchengladbach
Thomas Werres	04.08.1960	Bonn	Harry Kaps	23.02.1928	Neuss
Helga Jez	30.06.1922	Dortmund	Martin Beckmann	21.08.1959	Olpe
Gerhard Kniza	25.08.1927	Dortmund	Christa Schrotmann	11.08.1948	Recklinghausen
Dirk Krüger	30.01.1966	Duisburg	Jutta Gieshoidt	03.04.1923	Recklinghausen
Ida Pawlowski	21.06.1925	Duisburg	Artur Rauser	28.09.1941	Recklinghausen
Wilhelm Mohren	14.10.1935	Düsseldorf	Friedrich Quarz	01.08.1925	Siegburg
Gertrud Tobias	27.09.1924	Düsseldorf	Siegfried Brandt	11.02.1931	Unna
Christa Wedel	25.01.1925	Düsseldorf	Jörg Träbert	16.11.1945	Viersen
Gregor Ehm	08.02.1953	Essen.Mülheim	Friedhelm Kolp	05.06.1943	Wesel

